

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen
(24. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Joana Cotar, Dr. Michael Ependiller, Uwe Schulz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/28449 –**

Ausarbeitung und Umsetzung einer Smart-Cities-Strategie

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, eine umfassende Strategie zu Smart Cities vorzulegen, die integraler wie übergreifender Teil der vorzulegenden Digital-Strategie sein soll.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/28449 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Mechthild Heil
Vorsitzende

Michael Kießling
Berichterstatter

Bernhard Daldrup
Berichterstatter

Udo Theodor Hemmelgarn
Berichterstatter

Daniel Föst
Berichterstatter

Kerstin Kassner
Berichterstatterin

Daniela Wagner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Michael Kießling, Bernhard Daldrup, Udo Theodor Hemmelgarn, Daniel Föst, Kerstin Kassner und Daniela Wagner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/28449** wurde in der 222. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. April 2021 erstmals beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Kultur und Medien sowie den Ausschuss Digitale Agenda überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

- eine Strategie zu Smart Cities für Deutschland vorzulegen. Diese solle integraler wie übergreifender Teil der vorzulegenden Digital-Strategie sein, da sich hier der administrative Umgang mit Künstlicher Intelligenz und mit Big Data kreuzt. Elementarer Teil der Strategie sei eine klare Definition des Begriffes, die ihn entmystifiziere und operationalisiere;
- diese Strategie nicht als Selbstzweck oder Rhetorik zu begreifen und daher auch keiner eindimensionalen Technikeuphorie zu folgen, sondern vielmehr messbare politische, soziale und städtebauliche Ziele zu benennen, die mit dem Konzept der Smart Cities angegangen und einer tragfähigen Lösung zugeführt werden sollen;
- die bereits durchgeführten Modellprojekte des BMI (www.smart-city-dia-log.de/wp-content/uploads/2020/10/BMI-Bericht-Modellprojekte-2020.pdf) zu evaluieren, auf ihre Werthaltigkeit hin zu prüfen und die dokumentierten Ergebnisse in die genannte Strategie einfließen zu lassen;
- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie das bereits existierende Datenportal des Bundes GovData (<https://govdata.de>) inhaltlich und funktional zu einem Open-Data-Portal auszubauen, das nicht nur das Agieren der öffentlichen Hand abbilde und weitere Daten für öffentliche Zwecke generiere, sondern auch als Aufklärungsmodul für die Bevölkerung in Sachen Big Data und Smart Cities dienen solle;
- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie Vorschläge zu machen, wie die immensen Datenbanken, die zivilrechtlich einigen wenigen Internet-Konzernen gehörten, deren Bestand aber durch das jahrelange Auswerten des Nutzverhaltens zahlloser Menschen erst zustande gekommen sei, für die administrative Verwendung geöffnet und mit Open-Data-Beständen kombiniert werden könne;
- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie interdisziplinär vorzugehen und neben Fachleuten aus der Informatik, der Telekommunikation und der Verwaltung auch solche aus der Stadt-, Raum- und Verkehrsplanung, der Soziologie, der Ökonomie und der Psychologie einzubeziehen;
- sich bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie die bereits gemachten Erfahrungen anderer Staaten sorgfältig anzuschauen und hier vor allem zwischen demokratischen und autoritär geführten Staaten zu differenzieren. Ein weiteres Kriterium zur Schärfung der Strategie sei der Grad der Einbindung privatwirtschaftlicher Interessen in Gestalt großer Plattformen, deren Geschäftsmodell auf der Akkumulation, der Kombination, der Interpretation und dem Verkauf von Daten beruhe;
- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie, wie schon häufig angemahnt (siehe Antrag der AfD-Fraktion zum Ausbau von Gigabit-Netzen, Drucksache 19/24419), die bestehende wie benötigte Infrastruktur in Deutschland im Blick zu haben. Das Vorhandensein leistungsfähiger Breitbandverbindungen sowie WLAN- und Mobilfunknetze, die auf regelmäßige Zugriffe in großer Zahl angelegt seien, werde mitentscheiden über den Erfolg einer Smart-Cities-Strategie. Die Sicherheit dieser sensiblen Infrastruktur gegen

Hackerangriffe müsse stets und ausnahmslos gewährleistet sein (siehe hierzu das Sondervotum der AfD-Fraktion zum Bericht der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“ zu „Smart City und Open Data“, Drucksache 19/23700, S. 502 bis 506);

- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie den beträchtlichen Energiebedarf der erforderlichen Infrastruktur und der dort laufenden digitalen und KI-Lösungen zu berücksichtigen (vergleiche Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, Drucksache 19/12694, speziell zu den Fragen 10 und 11). Die Datenwirtschaft sei keineswegs ein immaterielles Geschäft, vielmehr verbrauchten die eingebundenen Server, Rechner und Leitungen große Mengen an Strom zum Betrieb und zur Kühlung. Die projektierte Energiebilanz der Smart Cities sei als Teil der genannten Strategie zu verstehen;
- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie die bereits vorliegenden Ergebnisse der akademischen Forschung zum Thema zu berücksichtigen, diese gleichzeitig dynamisch in die Realisierung einzu beziehen und sie im gebotenen Rahmen fortzuschreiben;
- bei der Ausarbeitung der genannten Smart-Cities-Strategie die spezifisch deutsche Situation mit ihren Metropolen, Groß- und Mittelstädten sowie ländlichen Regionen mit ihren je verzahnten Verantwortlichkeiten zu berücksichtigen und konkrete Angebote abgestimmt auf den jeweiligen Siedlungstyp vorzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 97. Sitzung am 5. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/28449 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 119. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/28449 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat in seiner 113. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/28449 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat in seiner 112. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/28449 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 74. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/28449 abzulehnen.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat in seiner 81. Sitzung am 19. Mai 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/28449 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen hat den Antrag auf Drucksache 19/28449 in seiner 79. Sitzung am 19. Mai 2021 ohne Debatte abschließend beraten. Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 19/28449 zur Ablehnung zu empfehlen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Michael Kießling
Berichterstatter

Bernhard Daldrup
Berichterstatter

Udo Theodor Hemmelgarn
Berichterstatter

Daniel Föst
Berichterstatter

Kerstin Kassner
Berichterstatterin

Daniela Wagner
Berichterstatterin

